nichtssagende Erklärung aus, während zur gleichen Zeit die "ISWESTIJA", das Regierungsorgan Moskaus, einen ausführlichen Bericht über umfangreiche Manöver der Armee an der chinesischen Grenze brachte, berichteten die russischen Zeitungen über Erklärungen von Generälen in den Städten Alma-Ata und Wladiwostok, also Städte an den Grenzen mit China, in denen sie die Bevölkerung zum "Sowjetpatriotismus" und zur Unterstützung der Grenztruppen aufriefen.

Erst als die Pleite der Aggression gegen Laos sichtbar wurde und die Sozialimperialisten erkannten, daß dieses Verhalten sie allzusehr in den Augen der Völker Indochinas und der ganzen antiimperialistischen Welt kompromittieren würde, entschlossen sie sich zu einer Regierungserklärung, die man am besten mit dem bei uns in solchen Situationen üblichen Satz zusammenfassen könnte:
"Du, du, wenn's noch einmal vorkommt, darf's nimmer sein!".....

Der verlorene Krieg

Ein „Life"-Reporter war Zeuge, als der US-Soldat Sedler sich weigerte, an einer Nachtpatrouille teilzunehmen. Sedler hatte Angst, bei diesem Himmelfahrtskommando getötet oder zum Krüppel geschossen zu werden. Sein einziger Wunsch ist es aber, aus diesem verdammten Vietnam-Krieg heil nach Hause zu kommen, und das gab er seinem Vorgesetzten auch zu verstehen. Was tat der zuständige Offizier angesichts dieser Befehlsverweigerung? Begann er zu brüllen, drohte er mit dem Kriegsgericht, mit standrechtlicher Erschießung? Nun, der Offizier blieb erstaunlich ruhig, als er den Vorfall „zur Kenntnis nahm", und er verzichtete sogar auf disziplinäre Maßnahmen. „Im Hinblick auf die Moral der Truppe", wie er sich dem Reporter gegenüber ausdrückte.

Aber vielleicht war das nicht der einzige Grund, daß der Offizier so besonnen blieb. Vielleicht hatte er selber Angst; Angst, von dem verzweifelten Soldaten zusammengeschossen zu werden. Denn in der US-Armee haben sich Dinge ereignet, die vor ein, zwei Jahren noch undenkbar gewesen wären. „Als ich zur Bewachungsmannschaft des Militärgefängnisses in Long Binh in Vietnam gehörte", berichtete der Soldat Rick William auf einer Pressekonferenz, „hielten wir dort 28 Soldaten inhaftiert, die ihre eigenen Kompanieführer erschossen hatten." Etwas Ähnliches schilderte der Ex-Militärpolizist Rossi: „Höhere Offiziere sieht man fast nie im Kampfgebiet. Sie sind viel zu vorsichtig, um sich bei der Kampftruppe sehen zu lassen. Ich war dabei, wie mein bester Freund unseren Offizier niederschoß. Ein volles Magazin — 50 Schuß — hat er aus seiner MPi auf ihn abgefeuert."

Auch sonst hat sich in der Armee allerhand geändert. Manche Rekruten tragen die Friedensrune um den Hals, farbige GIs grüßen einander mit der geballten Faust, in den amerikanischen Stützpunkten zirkulieren Untergrund-Zeitungen, und immer mehr vom Dschungelkrieg demoralisierte Soldaten greifen zum Rauschgift. Laut Angaben eines Senatsunterausschusses sterben in Indochina täglich durchschnittlich zwei US-Soldaten an Überdosen Heroin. Der Rauschgifthandel blüht besonders in Saigon, dort ist der „Stoff" auch billiger als anderswo. Die Militärbehörden jedenfalls sind mit der Jagd auf die gefährlichen Heroinhändler derart ausgelastet, daß sie sich gar nicht mehr darüber aufregen, wenn die Soldaten „nur" Marihuana rauchen.

Schon von Mitte 1967 bis Mitte 1968 hatte bei den US-Truppen die Zahl der Deserteure die unglaubliche Höhe von 53 357 Mann erreicht. Seither hat das Pentagon es nicht mehr gewagt, eine Statistik zu veröffentlichen. Man darf demnach annehmen, daß die jährliche Quote weiterhin enorm gestiegen ist. Alles in allem muß sich die amerikanische Generalität also mit der sinkenden Kampfmoral, mit meuternden Soldaten, mit Rauschgiftsüchtigen und mit Deserteuren herumschlagen. Aber das ist eben der Preis für einen schmutzigen, verlorenen Krieg.



Allen Genossen, Freunden und Lesern empfehlen wir das Studium der „Drei ständig zu lesenden Schriften des Vorsitzenden Mao Tsetung". Einzeln erhältlich zum Preis von je S 2,—; enthalten auch in dem Sammelbuch „Fünf Schriften des Vorsitzenden Mao Tsetung" zu S 5,—.



An jedem Freitag ab etwa 19 Uhr zwanglose Aussprache in unserem Lokal, Wien 6, Schönborngasse 6, Tel. 43 82 66. Gäste sind herzlich willkommen!

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße Nr. 43/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.
P.b.b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.



Für die VOLKSMACHT

Früher: „Der Kommunist"

März 1971
Nummer 49

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

WIEDER WAHLTHEATER!

Weil im heutigen Österreich keine Wahl etwas an den leidigen Zuständen ändert, ist jede Wahl nur der Ausgangspunkt für eine neue Wahlkampagne. Weil der Wähler immer deutlicher fühlt, daß er mit seiner Stimmabgabe absolut nichts entscheidet, sinkt von Wahl zu Wahl der Prozentsatz der abgegebenen Stimmen. Die herrschende Klasse fürchtet, daß sich dieses Gefühl in Erkenntnis verwandeln könnte, nämlich in die bewußte Erkenntnis des Schwindelcharakters der bürgerlichen "parlamentarischen Republik", von der Karl Marx sagte, sie sei "jene Form der Klassenherrschaft, die vorgibt, die Selbstherrschaft der Gesellschaft zu sein", jedoch "in Wirklichkeit die Schöpfung der Bourgeoisie" ist, ihr dienend "als Mittel, die Freiheitsbestrebungen der Produzenten, der Arbeiterklasse, zu unterdrücken.

Gerade deshalb treibt die Kapitalistenklasse die Wähler in immer kürzeren Abständen zur Wahlurne, um sie in Trab zu halten, nicht zur Besinnung kommen zu lassen. Nach der Verfassung sollte es bisher in der zweiten Republik sechs Nationalratswahlen gegeben haben; in Wirklichkeit gab es - einschließlich der Nachwahl vom Oktober v.J. - neun solche "Urnengänge". Von 1919 bis 1951 wurde der Bundespräsident stets vom Parlament gewählt und der Bevölkerung diese Prozedur, bei der es womöglich noch weniger zu entscheiden gibt als bei den Nationalratswahlen, erspart, obwohl die Schober-Verfassung von 1929 eine "Volkswahl" vorsieht. Der große Klassenkampf der Arbeiterschaft vom Herbst 1950 veranlaßte aber die herrschende Klasse, von dieser Gepflogenheit abzugehen, um die Massen noch häufiger durch Schwindelwahlen von ihren Kampfaufgaben abzulenken. Und so gab es denn bereits vier Präsidentenwahlen, und man durfte insgesamt - allein im Bundesmaßstab - durchschnittlich alle zwei Jahre über ein und dasselbe "entscheiden": "welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk ver- und zertreten soll" (Marx)!

Je bedeutungsloser eine Wahl, desto mehr Theaterrummel wird mit ihr gemacht. Je nichtssagender das Programm, desto marktschreierischer die Reklame. Der "neulinke" Sozialdemokrat DDr. Nenning hat der großkapitalistischen "Presse" verraten, worin der Trick des von der bürgerlichen Journalistik so bewunderten "neuen Stils" Kreiskys bestehe: die SP-Regierung sei eine "gigantische Public-Relations-Agentur", die ganz "nach dem Muster kommerzieller Werbung" vorgehe, mit dem Unterschied, daß die Reklamefirmen mit ihrem Schmäh dem Publikum wirkliche Waren andrehen, während Kreisky "keinen entsprechenden Output (Ausstoß) an

verkaufbaren Produkten hat" und daher lediglich mit seinen Phrasen (Nenning nennt diese "Spzialismus"!) aufwarten kann. "Die Presse" übernimmt gerne die so angepriesenen Reklamemethoden und stellt in zwei idyllisch gezeichneten Familienporträts die "ganz spezielle 'Marke Waldheim' heraus, um mit ihr "die gängige Marke 'Franz Jonas' zu schlagen".

Doch je mehr die beiden Großparteien des kapitalistischen Establishments die Reklametrommel rühren, desto mehr verheddern sie sich in ihrem Widersprüchen. Jede von ihnen bietet ihren Kandidaten als "über den Parteien" stehenden "Repräsentanten des ganzen Volkes" an, betont aber zugleich, daß es um eine Entscheidung zwischen SPÖ und ÖVP, zwischen Regierung und "Opposition" gehe. Sie scheinen gar nicht zu merken, wie lächerlich sie sich selbst und ihre Kandidaten mit solchen einander ausschließenden Behauptungen machen. Aber hinter diesem Widerspruch der Reklame steckt ein Widerspruch der Realität: Wer immer gewählt wird, ist das "unparteiische" Oberhaupt des Kapitalistenstaates, der "erste und treueste Diener" der herrschenden Klasse; und dennoch führen die beiden Rivalen das Theater einer wilden Wahlschlacht vor, damit der Wähler glaube, er hätte eine Wahl. Getrennt marschieren, vereint schlagen - nämlich das arbeitende Volk, das ist die Parole der herrschenden Klasse und ihrer Parteien.

Wir sagen der Arbeiterklasse und allen Werktätigen auch anläßlich dieses Wahltheaters: Die arbeitenden Menschen im heutigen Österreich haben nichts zu reden und niemanden zu wählen! Boykottiert die Schwindelwahlen!

Freilich, diesmal herrscht "Wahlpflicht". Sie trauen sich aber noch nicht, das Wahlgeheimnis zu verletzen. In der Wahlzelle sind wir allein. Und hier haben wir tatsächlich eine Wahl - die einzige echte Wahl am 25. April: entweder den Stimmzettel kreuz und quer durchzustreichen oder einen weissen Zettel abzugeben. So oder so bedeutet das den einzigen Bescheid, den man diesem System der Ausbeutung und des Volksbetrugs geben kann und muß, den einzigen Entscheid, der zählt.

Das Gerichtsvorurteil

„Nicht arbeiten, rauben und einbrechen, das sind eben die Methoden der heutigen Jugend." Dieses Werturteil fällte kein NDP-Sprecher, sondern der Herr Hofrat Dr. Rauth, Vorsitzender im Landesgericht Wien I. Er fällte es angesichts eines 21jährigen Handtaschl-Diebes mit einer Überheblichkeit, die sonst nur jenen Herren zu eigen ist, die noch an die heile Welt von gestern glauben.

Es sollen hier keinesfalls jugendliche Kriminelle in Schutz genommen werden, aber dem Herrn Hofrat scheint entgangen zu sein, daß es Spitzbuben und Gesetzesbrecher in jeder Altersstufe gibt. Der Herr Senatsrat des Oberlandesgerichts Dr. Schachermayer zum Beispiel war auch kein Jüngling mehr, als er wegen falscher Krida abgeurteilt wurde. Und was das lawinenartige Anschwellen der Kriminaldelikte angeht, so mögen sich Herr Hofrat einmal an zuständiger Stelle über die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Kriminalität erkundigen. Unter zuständiger Stelle sei allerdings nicht die juridische Fakultät verstanden, denn dort schließt man vor unangenehmen Erkenntnissen gern die Augen ...

Doch es ist überhaupt ein bißchen sonderbar, wenn sich ausgerechnet ein Richter ein Pauschalurteil über die junge Generation erlaubt. Wir können nämlich mit einem Pauschalurteil antworten, und zwar pikanterweise mit einem über den gesamten Richterstand der älteren Generation. Denn es waren Richter, die von 1938 bis 1945 in den „Donau- und Alpengauen" nach den Gesetzen eines Verbrecherstaates „Recht" sprachen. Damals in jener großen Zeit war es auch, daß man sich verstohlen das bekannte geflügelte Wort vom Volk der Dichter und Denker zuflüsterte, aus dem ein Volk der Richter und Henker geworden war. Erinnern sich Herr Hofrat noch? Wenn Herr Hofrat also wieder einmal Lust auf ein Pauschalurteil verspüren, dann mögen Herr Hofrat nicht die junge, sondern gefälligst seine eigene Generation verdammen. Zumindest die Herren Kollegen mit großdeutscher Vergangenheit.

DIE ERSTE DIKTATUR DES PROLETARIATS

Zum 100. Jahrestag der Pariser Kommune

"Der sozialdemokratische Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an, das war die Diktatur des Proletariats."

Diese Worte schrieb Friedrich Engels vor genau achtzig Jahren, am 20. Jahrestag der bewaffneten Erhebung der Pariser Arbeiter vom 18. März 1871, die zum ersten Versuch in der Weltgeschichte führte, die Herrschaft des arbeitenden Volkes, d. h. die Diktatur des Proletariats , zu errichten.

Die alten Opportunisten, gegen die sich Engels damals wandte, haben sich mittlerweile längst in die Hauptstützpfeiler der Bourgeoisdiktatur, in Teilhaber der kapitalistischen Klassenherrschaft verwandelt. Und ihnen zur Seite stehen seit anderthalb Jahrzehnten die modernen Revisionisten. So kommt es, daß weder die "AZ" noch die "Volksstimme" in ihren "Gedenkartikeln" jenes "schreckliche" Wort erwähnten, dafür aber die eine im "Demokratisierungs"gefasel Kreiskys, die andere in der sozialimperialistischen Politik der Kreml-Renegaten das "Erbe" der Pariser Kommune entdecken wollte.

In Wirklichkeit haben die modernen Revisionisten ebenso wie die alten die Prinzipien der Pariser Kommune verraten. Wenn sie aber der Kommune "gedenken" und sich sogar auf sie berufen, so deshalb, weil, wie Karl Marx sagte, "die Prinzipien der Kommune ewig sind und nicht zerstört werden können"; weil sie im Laufe der verflossenen hundert Jahre sich immer machtvoller durchgesetzt haben und heute aktueller sind denn je.

+++

Die Pariser Kommune hat die Armee und Polizei des reaktionären bürgerlichen Regimes beseitigt und durch das bewffnete Volk ersetzt. Mit der Verteidigung der Kanonen von Montmartre hat die Pariser Volksmiliz ("Nationalgarde") die entscheidende Tat gesetzt, durch welche die Staatsmacht den Kapitalisten entrissen und in die Hände der Arbeiter gelegt wird: Bewaffnung des Proletariats und Entwaffnung der Bourgeoisie.

Die Pariser Kommune hat ferner den bürokratischen Staatsapparat der Bourgeoisie, durch den das Volk versklavt wird, zerschlagen und die eigene Regierungsform der Arbeiterklasse begründet. Sie hat eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen, und die Massen zur aktiven Teilnahme an den Staatsgeschäften mobilisiert. Die Zerschlagung des militärisch-bürokratischen Staatsapparates der Ausbeuterklassen und seine Ersetzung durch die allgemeine Volksbewaffnung und das Kommune- (Räte-) System, " die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte" (Marx) - das war das wichtigste Prinzip der Pariser Kommune.

Als Marx auf der Feier zum 7. Jahrestag der Internationalen Arbeiterassoziation ("I. Internationale") am 25. September 1871 über die Lehren der Pariser Kommune sprach, sagte er, bevor die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform durch die sozialistische ersetzt werden könne, sei "eine Diktatur des Proletariats notwendig, und ihre erste Voraussetzung sei eine Armee des Proletariats". Denn die Arbeiterklasse müsse sich "das Recht auf ihre Emanzipation auf dem Schlachtfeld erkämpfen".

Wenn die Kommune nur zehn Wochen dauerte, wenn die heldenhaften "Himmelsstürmer" von Paris, wie Marx die Kommunarden nannte, von den Schlächtern Thiers mit Hilfe Bismarcks blutig niedergeworfen wurden, so lag das daran, daß es damals noch keine gestählte marxistische Partei gegeben hatte, die allein imstande ist, gestützt auf die wissenschaftliche Theorie von der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats, die eroberte Arbeitermacht auch zu behaupten und für den endgültigen Sieg der sozialistischen Revolution auszunützen.

Erst Lenin hat auf Grund der Lehren von Marx und Engels jene proletarische Kampfpartei neuen Typs geschaffen, unter deren Führung die Diktatur des Proletariats siegreich sein und sich festigen kann, bis die Klassen verschwunden sind und der Staat abstirbt. Wenn die Pariser Kommune der erste welthistorische Schritt auf diesem Weg war, so bedeutete die Sowjetmacht den zweiten, sagte Lenin im März 1919.
Doch die von Lenin begründete und von Stalin verteidigte Sowjetmacht wurde von innen heraus auf heimtückische Weise von revisionistischen Renegaten gestürzt und durch die wiedererrichtete Diktatur der Bourgeoisie ersetzt, weil die Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats, vor allem die entscheidende Rolle der breiten Volksmassen in diesem von der marxistisch-lenistischen Partei zu leitenden Klassenkampf, noch nicht erkannt waren.

Erst Mao Tsetung entwickelte die Lehre von Marx und Lenin weiter und arbeitete die Theorie von der Fortführung der sozialistischen Revolution unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats allseitig aus. Das ist der dritte welthistorische Schritt auf dem Wege der Verwirklichung der Prinzipien der Pariser Kommune.

+++

Am 100. Jahrestag der Pariser Kommune veröffentlichte die Presse der Kommunistischen Partei Chinas unter dem Titel "Es lebe der Sieg der Diktatur des Proletariats!" einen grundsätzlichen Artikel, der von gewaltiger Bedeutung für die Marxisten-Leninisten aller Länder, für die gesamte revolutionäre Weltbewegung ist. Wir empfehlen allen unseren Genossen, Lesern und Freunden dringend, dieses ungemein wichtige Dokument gründlich zu studieren. Es ist in Nr. 12 der Wochenschrift "PEKING RUNDSCHAU" abgedruckt und erscheint demnächst auch - mit illustrierter informativer Beilage - als Broschüre. Beides kann durch uns bezogen werden.

"SALT"-PACKELEI

Die SALT-Packelei zwischen US-Imperialisten und russischen Sozialimperialisten findet nun wieder in Wien statt. Herzlichst begrüßt von Regierung, Parteien, Massenmedien und Zeitungen, die sich somit allesamt als billige Lakaien der beiden "Supermächte" erwiesen.

Den Vogel schoß dabei höchstwahrscheinlich die "Volksstimme" ab, die in einem Artikel die "Gespräche" als antiimperialistischen Kampf der Machthaber in Moskau darzustellen versuchte. (Ein Kampf unter vier Augen sozusagen!) Wir haben unserer Erklärung vom April vorigen Jahres nichts hinzuzufügen und zitieren daraus:

"Diese 'Gespräche' dienen nicht der Abrüstung, sondern stellen einen Versuch dar, beiderseits die Atomrüstung zu koordinieren; sie dienen auch nicht dem Frieden.

Diese 'Gespräche' sind Verhandlungen zwischen Räubern, die gemeinsam die Völker der Welt unterdrücken und ausbeuten wollen, zugleich aber einander den 'Platz an der Sonne' streitig machen. Die einen weiten ihren Aggressionskrieg in Indochina aus, die anderen nahmen die sogenannte 'Breshnew-Doktrin' zum Vorwand der Okkupation, wie es im Fall der CSSR geschehen ist.

Diese 'Gespräche' dienen der Verstärkung der Atomerpressung gegen alle revolutionären Völker und der Vorbereitung eines Atomkriegs gegen das sozialistische China, das Bollwerk der antiimperialistischen Weltrevolution.

Das österreichische Volk will von keinem der Blöcke in einen imperialistischen Krieg hineingezogen werden. Es ist aber keine Neutralität, wenn die österreichische Regierung sowohl den amerikanischen Imperialisten als auch den russischen Sozialimperialisten Diener ist. Das erhöht nur die Kriegsgefahr für Österreich."....

Den Interessen der österreichischen Bevölkerung entsprechend gibt es nur eine Losung: "Hinaus mit den Atomkriegstreibern aus Österreich"! Und unsere Aufgabe ist es, engste Solidarität mit allen Völkern zu üben, die gegen US-Imperialismus und Sozialimperialismus kämpfen!

Bauernfängerei

Man könnte die kürzlichen Bauerndemonstrationen unter die Devise stellen, "wir spielen Demokratie - wir demonstrieren." Warum "spielen"? Nun, ganz einfach: Bei Demonstrationen, die sich gegen die herrschenden Großverdiener richten, ist die ganze Atmosphäre anders. Da stehen Polizisten mit Stahlhelm und Knüppel bereit, Wasserwerfer auf etc. Bei den Bauerndemonstrationen war aber gerade das Gegenteil der Fall. Das ist das sicherste Zeichen dafür, daß die herrschende Klasse ihr Süppchen dabei mitgekocht hat.

Und tatsächlich war es auch so. Zuerst einmal konnten die Gutsbesitzer und Großbauern die triste wirtschaftliche Lage der Masse der Klein- und Mittelbauern für ihre demagogische Propaganda ausnützen und diese dazu mobilisieren, für Forderungen einzutreten, die in ihrem Endeffekt nur den Großen realen Gewinn bringen. Gewinn für die Großen in der Landwirtschaft, deren erklärtes Ziel es ist, noch weiter 100.000 bis 150.000 bäuerliche Kleinbetriebe zu ruinieren, um auch die österreichische Landwirtschaft "europareif" zu machen, sprich den Riesengewinn aus der Landwirtschaft nur für einige zu monopolisieren. Denn logisch gedacht, kann eine Treibstoffverbilligung für kleinen Bauern nicht mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein sein (laut Statistik besitzen 55 Prozent der österreichischen Bauern ja überhaupt noch keinen Traktor), ist für einen Kleinbauern mit einigen Milchkühen eine Erhöhung des Erzeugerpreises für die Milch noch immer keine ausreichende Sicherung der Existenz.



Daß die Klein- und Mittelbauern angesichts ihrer bedrohten Existenz wie ein Ertrinkender nach jedem Strohhalm greifen, ist verständlich. Da sie ihren wahren Feind, die Großbourgeoisie, zu der auch die Großbauern gehören, ja noch nicht erkannt haben, lassen sie sich vor deren Karren spannen.

Der zweite Nutzen, den die herrschende Klasse aus den Bauerndemonstrationen ziehen will, ist die Spaltung zwischen Arbeitern und Kleinbauern zu vertiefen. Sie weiß genau, daß ein Kampfbündnis dieser Bevölkerungsschichten die Grundpfeiler ihrer Macht erschüttern kann, daher will sie es verhindern. Daher wurde ein Trommelfeuer der Hetze losgelassen, immer nur von "Bauern" an sich gesprochen. Keine Rede war davon, daß auch auf dem Lande stets die Großen die horrenden Gewinne einstreifen und die Kleinen in ihrer Existenz zu Grunde richten wollen, weil dann für sie noch mehr herausschaut. Die Hetze gegen die "Bauern" soll auch helfen, den Klassencharakter der SP-Regierungspolitik zu verschleiern.

Denn die Forderungen der Gutsbesitzer und Großbauern sind längst beschlossene Sache. Wenn nach den bevorstehenden Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel die arbeitende Bevölkerung Millionen mehr blechen wird müssen, diese Millionen dann in die Taschen von Großbauern und Gutsbesitzern, in die Kassen der Molkereien- und Mühlenaktionäre, sowie der Lebensmittelindustrie fließen, die Kleinbauern aber weiterhin nichts anderes können als schlecht und recht ihre Existenz fristen, dann soll sich die Wut der Arbeiter gegen die "Bauern" - ohne Unterscheidung zwischen groß und klein - im allgemeinen richten, dann sollen die leer ausgehenden Klein- und Mittelbauern ihren Feind in den Arbeitern sehen, "die sich gegen Preiserhöhungen wenden". Daß mit den "Bauernaktionen" gleichzeitig eine riesige Wahlschlacht anläßlich der Präsidentenwahl geliefert wurde, wird den meisten Menschen gar nicht klar sein. Trotzdem ist es aber so.

Fortsetzung Seite 6 unten

Die Heuchler

Eines muß man dem Kreisky lassen: Wenn er sagt, wer Waldheim wählt, der wähle Withalm, wer aber für Jonas stimmt, der stimme der Politik der SP-Regierung zu, dann sagt er die Wahrheit.

Was soll man dagegen über Leute sagen, die den Wählern folgende "Empfehlung" geben:

1. geben wir überhaupt keine Empfehlung für einen der Kandidaten;
2. empfehlen wir, keinesfalls Waldheim zu wählen;
3. empfehlen wir nicht, Jonas nicht zu wählen.

Genau das hat die "Parteikonferenz" der "K"PÖ getan.

Die Renegaten vom Höchstädtplatz geben sich also den Anschein, als wären sie gegen beide Präsidentschaftskandidaten, um gleich darauf den einen von diesen ausdrücklich auszuschließen und schließlich noch ausdrücklicher die Nichtwahl des zweiten nicht zu empfehlen! Daß eine doppelte Verneinung einer Bejahung gleichkommt, weiß jeder Volksschüler. Warum wird dann aber nicht offen aufgerufen, Jonas zu wählen? Weil man damit zugeben würde, daß die "K"PÖ trotz allem "Oppositions"geschwätz in Wirklichkeit praktisch die Regierungspolitik unterstützt, längst zu einem schäbigen Anhängsel der SP geworden ist. Das will man aber eben nicht offen zugeben, denn dann wäre ja die Rolle der Revisionisten als ein dem kapitalistischen System ungefährliches Auffangbecken für unzufriedene SP-Arbeiter ausgespielt. Darum also diese widerwärtige Heuchelei!

Fremdwörtererklärung:

Renegat heißt "Abtrünniger", also einer, der seine frühere Überzeugung preisgegeben hat. Revisionist sein heißt, die marxistisch-leninistische Ideologie, zu der man sich früher bekannt hat, "revidieren", "überprüfen", als "veraltert" erklären und entsprechend zu "korrigieren". Die Kommunisten galten stets mit Recht als "Umsturzpartei", die die Klassenherrschaft (Diktatur) der Bourgeoisie stürzen und die Volksmacht (Diktatur des Proletariats) errichten will. Der Marxismus-Leninismus betrachtet die kapitalistische "demokratische Republik" als "konsequente Form der Bourgeoisherrschaft" (Engels) und das bürgerliche Parlament als "Schwatzbude" (Lenin), mit deren Hilfe die Volksmassen betrogen werden. Die heutige "K"P-Führer bekennen sich jedoch zu dem bestehenden kapitalistischen Staat und reden den Massen ein, durch die Wahl von "K"P-Abgeordneten könnte man "Regierung und Parlament zwingen, mehr für die arbeitenden Menschen zu tun und weniger den Wünschen des Kapitals Rechnung zu tragen" (Muhri auf der letzten "Parteikonferenz"). Indem man den arbeitenden Menschen einreden will, sie könnten im bestehenden System ihre Lage verbessern, verrät man seine früheren marxistisch-leninistischen Überzeugungen, wird also zum Renegaten und Revisionisten.

Wie die herrschende Klasse auch bei Bauerndemonstrationen handelt, wenn diese wirklich im Interesse der Klein- und Mittelbauern stattfinden, hat sich in Brüssel gezeigt, wo mit brutaler Gewalt vorgegangen wurde und ein toter Bauer und zahlreiche Verletzte, das Ergebnis dieser Brutalitat waren.

Wir wollen klarstellen: Wenn die Klein- und Mittelbauern den Kampf um die Sicherung ihrer Existenz führen, so ist das absolut berechtigt. Diesem Kampf gebührt die absolute Solidarität der Arbeiterschaft. Nicht die Kleinbauern sind die Ursache der hohen Lebensmittelpreise, die die Arbeiter zahlen müssen, sondern die Profitsucht der Großbauern und der einschlägigen Industrie und des Zwischenhandels. Den Klein- und Mittelbauern wieder muß klar sein, daß nicht die Arbeiter an ihrer Lage Schuld tragen, sondern die Großen, die sie in ihrer Existenz vernichten wollen. Die Interessen sowohl der Arbeiter als auch die der Klein- und Mittelbauern können nur im gemeinsamen Kampf gegen die herrschenden Kreise wirksam vertreten werden. Vor so einem Kampf hat die herrschende Klasse eine Riesenangst, sonst würde sie ja nicht alles daransetzen, ihn durch eine gigantische Betrugspropaganda zu verhindern.

Albanisches Mosaik

II.

Wir bringen hier den Schluß der Reiseeindrücke, die eine Genossin von ihrem Ferienaufenthalt in der Volksrepublik Albanien mitgebracht hat.

Daß das junge sozialistische Albanien ein Land mit alter Kultur ist, davon konnten wir uns anläßlich eines Ausfluges nach Apollonia, dem größten archäologischen Zentrum Albaniens, überzeugen.

Die Besichtigung der Ausgrabungen sowie ein Rundgang durch das Museum von Apollonia, das in einem ehemaligen Kloster untergebracht ist, führten uns weit zurück in die Vergangenheit; zur Entstehung von Apollonia, das laut den Geschichtschroniken im Jahre 588 v.u.Z. von Kolonisten aus Korfu und Korinth gegründet wurde, bis zu den Illyriern, den Vorfahren der Albanier, die bereits eine hochentwickelte Kultur hatten, bevor noch die griechischen Kolonisten ins Land kamen.

Aber trotz dieser historischen Umgebung war ich mir ständig bewußt, daß ich mich in einem fortschrittlichen Land befinde. Sei es nun durch den Umstand, daß es zur Erläuterung der Ausgrabungen und Funde oder Führung durch das Museum etc. keinen separaten, einschlägig geschulten Führer gab, sondern, daß alles von unserem albanischen Reiseleiter, der uns während des ganzen Aufenthaltes in Durres betreute, bewerkstelligt wurde. Oder beim Besuch einer byzantinischen Kirche aus dem XIV. Jahrhundert, wo alte, halbvergilbte Gemälde lediglich lose an die Mauer gelehnt standen und ein Altartuch, das in jedem anderen Land unter einem Glassturz stünde, zur freien "Betastung" auflag.

Die gleiche Unbekümmertheit empfand ich auch, als uns auf freier Flur, lediglich mit Sand zum Schutz gegen die Witterungseinflüsse bedeckt, ein äusserst gut erhaltener Mosaik-Fußboden aus dem III. Jahrhundert gezeigt wurde.

Bei dieser Gelegenheit erfuhren wir auch, daß Österreicher während des ersten Weltkrieges hier die ersten Ausgrabungen vornahmen.

Abschluß dieses ereignisreichen Tages war eine kurze Rast in Fier. Fier ist heute eine der neu erstandenen Industriestädte Albaniens. Aber nicht das war es, was mich in Fier so beeindruckte, sondern die Menschen. Wir hatten zwar keinen Kontakt mit der Bevölkerung, aber ich konnte für kurze Zeit den albanischen Alltag, weit weg von jedem Tourismus, beobachten. Der Anblick der promenierenden und plaudernden Menschen am Hauptplatz von Fier in der Zeit zwischen Feierabend und Dämmerung strömte soviel Ruhe, Gelöstheit und Ungezwungenheit aus, daß ich unwillkürlich an die etwas deprimierende Atmosphäre in so manchen anderen sogenannten "sozialistischen" Ländern denken mußte.

In diesem Augenblick fand ich das, was wir uns eigentlich von unserem Urlaub in Albanien erhofft bzw. erwartet haben, nämlich ideologisch gestärkt und mit frischem Mut und Elan aus dem sozialistischen Land, das uns in Europa als Vorbild dient, nach Hause zu kommen.

KREML LÄDT JAPANISCHE MILITARISTEN EIN!

Die Völker Indochinas, Koreas, Chinas und anderer asiatischer Länder, die während des zweiten Weltkriegs vom imperialistischen Japan überfallen und versklavt worden waren, und die Volksmassen Japans verstärken gegenwärtig ihren Kampf gegen den wiederaufgelebten japanischen Militarismus, der dem amerikanischen Imperialismus dienstbar ist und sich zu einer Neuauflage seiner eigenen Aggressionspolitik vorbereitet. Zur selben Zeit zeigen die Renegaten im Kreml ein übriges Mal, auf welcher Seite der Barrikade sie stehen.

Die Moskauer Regierung hat eine japanische Militärmission unter Führung des stellvertretenden Kriegsministers Yoshihiko Tsuchiya eingeladen, Ende April die UdSSR zu besuchen, um mit den russischen Staats- und Parteiführern vertrauliche Gespräche abzuhalten. Die japanische Presse gab dazu folgende Einzelheiten bekannt: 1. Die Einladung erfolgte auf Initiative Moskaus und war eine "Überraschung" für die Sato-Regierung. 2. Bei den mehrmonatigen Verhandlungen, die der formellen Einladung vorausgingen, forderten die Japaner, daß ihnen gestattet werde, die entlang der chinesischen Grenze stationierten Sowjettruppen zu besuchen sowie den Flottenstützpunkt Wladiwostok und das Raumfahrtzentrum Baikonur zu besichtigen; die sowjetische Seite hat daraufhin zugesichert, daß die Militärmission alles, was sie wünscht, besuchen werde können, mit Ausnahme der Stützpunkte auf den Kurilen-Inseln Kunashiri und Etorofu (auf die Japan Anspruch erhebt), ohne daß eine ähnliche Genehmigung für eine russische Militärmission verlangt werden würde. 3. In Tokio betrachtet man dieses "ganz ungewöhnliche" Entgegenkommen Moskaus als den "Beginn einer neuen Entwicklung der beide Länder betreffenden Verteidigungs- und Außenpolitik"; der russische Schritt sei für die "Sicherheit" Japans von Vorteil und dürfte "von der Erwägung des Faktors China" ausgegangen sein.



Daß sich dieser Schritt der Sozialimperialisten unmittelbar gegen das sozialistische China richtet, geht auch aus der Person des Leiters der japanischen Militärmission hervor. Tsuchiya pflegt häufig nach Südkorea und Taiwan zu reisen und hat sogar bei einer solchen Gelegenheit von der dem Festland vorgelagerten Insel Quemoy aus, die von der amerikanischen 7. Flotte besetzt ist, durch den Feldstecher die chinesischen Küstenanlagen "besichtigt"!

DIE LAOTISCHE BEFREIUNGSFRONT PATHET LAO RUFT ZUR VERNICHTUNG DES FEINDES AUF

In einem Aufruf des Pathet Lao an die Kämpfer heißt es u.a.: "Der Feind ist in Unordnung und Verwirrung geraten. Er hat vernichtet zu werden und versucht zu fliehen. Nehmt die Gelegenheit wahr, um ihn zu vernichten. Verstärkt seine Einkreisung und laßt ihn nicht entkommen. Versperrt dem Feind den Luftweg und schießt seine Hubschrauber ab. Vernichtet seine motorisierten Kampfgeräte, schneidet dem Feind den Weg ab. Blockiert alle Richtungen, laßt den Feind nicht durch den Dschungel entfliehen!"

Nach diesem Aufruf der Pathet Lao wurden bei den Kämpfen um einen einzigen Stützpunkt ein Bataillon der Saigoner Marionettentruppen vollständig aufgerieben und drei weitere dezimiert.

Ein schwaches Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen, und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln. Das ist ein Gesetz der Geschichte.

MAO TSETUNG

DIE LESER SCHREIBEN

GEWERKSCHAFTSBONZEN - KAPITALISTENSTÜTZE

Als sich die Arbeiter vor vielen Jahrzehnten in den Gewerkschaften zusammenschlossen, haben sie andere Vorstellungen von deren Funktionen gehabt, als wir jetzt erleben müssen und was ausgesprochen zu unserem Nachteil ist. Ein Bollwerk gegen die Unternehmerwillkür, ein Machtinstrument zur Verwirklichung der Arbeiterforderungen sollten die Gewerkschaften sein, ihre Funktionäre aufrechte Arbeitervertreter, die sich zum Kampf um die sozialistische Gesellschaftsordnung bekennen.

Die heutige Wirklichkeit sieht anders aus. Die Gewerkschaftshierarchie mit ihren saftigen Einkünften ist heute ein integrierter Teil und eine der sichersten Stützen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie ist der verlängerte Arm der Bourgeoisie, mit dem diese eine sichere Kontrolle über die werktätigen Massen ausübt.

Aus dem Wortschatz der Gewerkschaftsbonzen ist das kleinste revolutionäre Wort zur Gänze verschwunden. Keine Spur mehr von der Aufgabe, das Bewußtsein der breiten Masse zu heben und sie als Klasse zu organisieren. Im Gegenteil, jede, auch die kleinste revolutionäre Regung in den Betrieben wird von den Funktionären sofort abgewürgt, indem sie die fortschrittlich denkenden Arbeiter zu "Aufwieglern" stempeln und von der übrigen Belegschaft zu isolieren versuchen. Dabei können sie sich leider auf eine große Zahl von Betriebsräten stützen, deren selbständiges Denken vollkommen ausgemerzt wurde und die nur mehr eines kennen, die beschwichtigenden Worte der Bonzen an die Arbeiter weiterzugeben und sie vom Kampf abzuhalten. Mit dem Schlagwort vom "sozialen Frieden" versuchen die Gewerkschaftsführer die Arbeiter zu täuschen und ihnen ihre Kuhhandelspolitik schmackhaft zu machen, deren Endergebnis ein stetes Zurückweichen vor dem Klassenfeind ist.

Im Scheinkampf der Gewerkschaftsführung folgt ein Betrug dem anderen. Die "Arbeitszeitverkürzung" hat den Unternehmern das Freisignal gegeben für die sogenannte "Rationalisierung" - in Wirklichkeit nichts anderes als verstärkte Antreiberei. Die wenigsten Arbeiter haben wirklich eine "Verkürzung" gehabt, da sie ja weiter Überstunden leisten müssen, weil es mit dem Geld aus der Normalarbeitszeit kein Auskommen gibt. Dafür konnten sich die Unternehmer über eine Steigerung der Produktivität pro Arbeitsstunde von mehr als 10 Prozent freuen. Und im Gefolge dieser Arbeitszeitverkürzung werden die bezahlten Pausen fast gänzlich verschwunden sein.

An der "Lohnfront" versteht es die Gewerkschaftsführung sehr gut, den Unternehmern weitere Profite zuzuschanzen. Die Abgeltung für die ständigen Preissteigerungen erfolgt immer erst eineinhalb bis zwei Jahre später und dann nur ungenügend. Kein Wunder, wenn die ausländischen Kapitalistenbosse die österreichischen Verhältnisse genau studieren und sehr loben, müssen sie doch in ihren Ländern den Arbeitern mehr Lohnerhöhungen zugestehen. (So war z. B. das Ausmaß der Lohnerhöhungen 1970 in Österreich gegenüber den anderen kapitalistischen Ländern um 5 - 10 Prozent niedriger.)

Zu den größten Betrügereien der Gewerkschaftsführung zählt das Gerede von der Sozialreform und der Mitverantwortung in den Betrieben. Was die Sozialreform betrifft, zahlen dabei ja die Arbeiter das meiste selbst und die abgeschlossenen Kompromisse werden immer schlechter. Und wenn die Gewerkschaftsführer von der Mitverantwortung sprechen, ist doch klar, daß kein Unternehmer eine Kontrolle der Arbeiter über Gestaltung und Regulierung der Produktion seines Betriebes zuläßt. Lediglich wenn es gilt, Betriebe aus dem Dreck der kapitalistischen Mißwirtschaft zu ziehen, sind die Unternehmer bereit, die Arbeiter "mitbestimmen" zu lassen. Und zwar können diese dann entscheiden, wer und wieviele von den Arbeitern entlassen werden müssen, wo und welcher Betrag - natürlich auf Kosten der Arbeiter - eingespart werden kann usw.

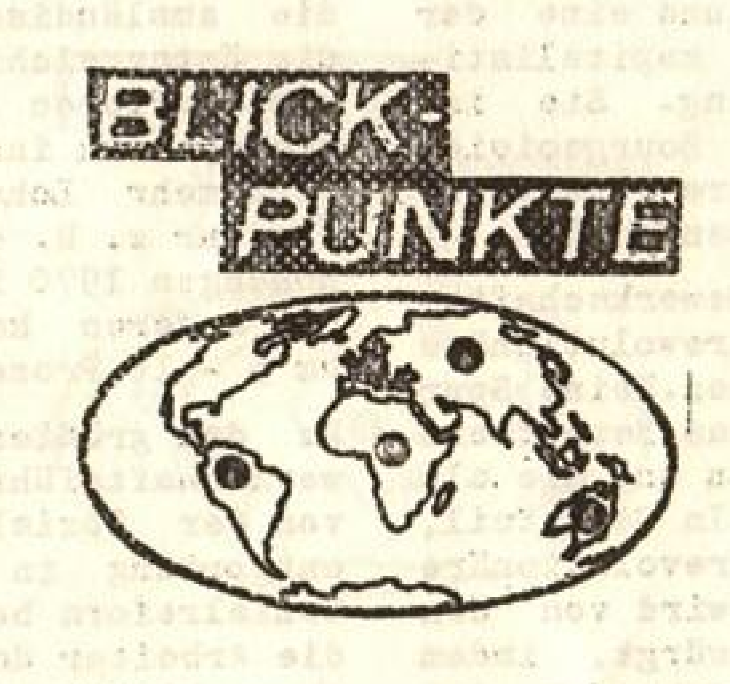
Sie sind ein sehr guter Schutz des kapitalistischen Reichtums, diese Gewerkschaftsbonzen.

F.M. Wien

ERFOLGREICHE TAGUNG DES NATIONALRATES PALÄSTINAS

Angesichts der Packelei der Amerikaner und Russen, um die imperialistische Zwingburg Israel zu verewigen, das palästinensische Volk in einem sogenannten "Palästina-Staat"(der den Negerreservaten in Südafrika wie ein Ei dem anderen gleichen würde) am Westufer des Jordans zu pferchen und um letztlich die Einflußsphären der beiden "Supermächte" im arabischen Raum zu fixieren, kommt der 8. Tagung des Nationalrates Palästinas große Bedeutung zu.

Die Tagung bewies, daß es weder den US-Imperialisten und ihren zionistischen Landsknechten, noch den Sozialimperialisten mit ihrer Sabotagetaktik,noch den imperialistischen Lakaien in Jordanien durch ihre heimtückischen Angriffe auf die palästinensischen Freiheitskämpfer gelungen ist, den revolutionären Befreiungskampf der Palästinenser auszulöschen.Im Gegenteil, die Angriffe auf sie halfen den Palästinensern, ihre Freunde und Feinde klarer zu erkennen und hatten das Ergebnis, daß die Tagung einen wesentlichen Fortschritt in der Vereinheitlichung des Befreiungskampfes darstellt.



Im politischen Aktionsprogramm, das der Tagung von Arafat vorgelegt wurde, heißt es u. a.: "Die palästinensische Revolution ist eine nationale Befreiungsbewegung, die gegen die zionistische Besetzung und gegen den von den USA geführten internationalen Imperialismus kämpft..... Die palästinensische Revolution stellt sich entschlossen gegen jeden Versuch, die Revolution zu liquidieren, ebenso gegen "Lösungen", wie das Komplott zur Errichtung eines Palästina-Staates auf einen Teil des palästinensischen Territoriums."

Um das Ziel,die vollständige Befreiung der Heimat zu erreichen, "muß man die palästinensischen Volksmassen sowohl politisch als auch militärisch und in der Propagandaarbeit mobilisieren, damit sich alle im Befreiungskampf einschalten können......" Das Programm fordert schließlich das Volk Palästinas auf, die Beziehungen mit allen Kräften, die gegen Imperialismus, Kolonialismus, Unterdrückung, Ausbeutung und Rassismus kämpfen, zu verstärken.

"VORWÄRTS KAMERADEN, WIR MÜSSEN ZURÜCK!"

Wer denkt nicht an diesen Ausspruch der Landser, als die deutsche Wehrmacht in Rußland unter den Schlägen der Roten Armee zusammenbrach und alles "Richtung Heimat" lief, soweit ihn die Beine trugen. So und nicht anders spielt sich das in Süd-Laos ab. Und ebenso klingen die Berichte der Obermacher der US-Imperialisten und ihrer Saigoner Lakaien: "Der Überfall auf Laos hatte ja gar nicht das Ziel,Stellungen zu erobern und den Ho-Chi-minh-Pfad abzuschneiden."Wo denken Sie hin, meine Herrschaften! Es war von vornherein geplant, daß die Saigoner Truppen ständig in Bewegung bleiben......"

Wie hieß es im "seligen" Wehrmachtsbericht bei solchen Gelegenheiten: "Unsere Truppen führten Frontbegradigungen durch und zogen sich auf vorbereitete Auffangstellungen zurück..."

"Alles schon dagewesen", sagte Ben Akiba!

Das 700 Millionen zählende chinesische Volk ist die feste Stütze des vietnamesischen Volkes; das weite Territorium Chinas ist das zuverlässige Hinterland des vietnamesischen Volkes.

MAO TSETUNG

Generalleutnant Connor von der USA-Soldateska:

"...IM INTERESSE DER GERECHTIGKEIT..."

Die schon immer lautstarke Washingtoner Propagandamaschinerie bemüht sich unablässig, den massierten Einsatz der USA-Soldateska in Vietnam und ganz Indochina als "Kampf für Recht, Freiheit, Ordnung" u.dgl. mehr zu deklarieren. Zerfällt aber einmal der Nebelvorhang, den man um die Tatsachen, um die grausame Wirklichkeit gezogen hat, dann finden sich jederzeit entsprechende Institutionen der globalimperialistischen USA, welche der "Gerechtigkeit" ihren Lauf lassen, wobei im vorliegenden Fall in erster Linie die zuständigen Armee-Behörden angesprochen sind.

Wie sieht nun diese "Gerechtigkeit" bei genauerer Betrachtung in Wahrheit aus?

Da wurde am 16. März 1968 die gesamte, völlig wehrlose Zivilbevölkerung (Kinder, Frauen und alte Männer) eines südvietnamesischen Dorfes brutal niedergemetzelt, regelrecht ausgerottet und als (von uns allerdings nicht unerwartetes) Ergebnis stellt sich fast drei Jahre später heraus, daß es von "Unschuld" nur so wimmelt. So erklärte vor kurzem einer der ranghöchsten Offiziere der USA-Armee, ein Generalleutnant Connor, daß die bekannten Beschuldigungen gegen die Soldaten Torres, T'souvas, Hutson und Smith "im Interesse der Gerechtigkeit" fallengelassen worden seien. Ein gewisser Doherty wurde außer Verfolgung gesetzt, die Unteroffiziere Mitchell und Hutto freigesprochen, nachdem sie sich auf "Befehlsnotstand" beriefen. Bisheriges Fazit des S c h e i n p r o s s e s um das Massaker von My Lai: Von ursprünglich 26 "Angeklagten" sind mittlerweile 20 freigesprochen, womit sie naturgemäß als "unschuldig" eingestuft werden, womit sie für weitere My Lais verwendungsfähig sind. Die verbleibenden 6, deren ebenfalls zu erwartender Freispruch man anscheinend aus optischen Gründen noch etwas hinausschieben möchte, laufen inzwischen frei herum, lassen sich als "Patrioten" feiern, gefallen sich als Fernsehstars und führen im übrigen das denkbar angenehmste Leben.

Selbstverständlich sitzen die Hauptverantwortlichen für die blutigen Vorgänge um My Lai, welches keineswegs einzeln und isoliert dasteht, in den höchsten Positionen, womit der Präsident, die Minister, die Generalität, die Wallstreet-Bankiers usw. gemeint sind. Das hier angeführte Beispiel zeigt überdeutlich, daß diese Führungsclique der SUA-Globalimperialisten alles tut, sich selbst freizusprechen. Nixon & Co. sind vor allen Dingen "gerecht" gegen sich selbst! Abgesehen davon bedeuten die laufenden Freisprüche von Fort McPherson einen Freibrief für weitere Greueltaten, mögen sie nun geheim oder in aller Öffentlichkeit vorgenommen werden.

Wo die wahre Gerechtigkeit der diesbezüglichen Thematik liegt, ist klar und sicher. Sie liegt im opferungswilligen Befreiungskampf der überwältigenden vietnamesischen Bevölkerungsmehrheit gegen die verbrecherischen, ausländischen Eindringlinge und deren innere Satelliten. Kein Zweifel, dort wird der Gerechtigkeit zum Sieg verholfen und nicht in Form einer billigen Theaterkomödie, wie sie in Fort McPherson über die Bühne ging.

F.P.

VON DER KOMMUNE-DISKUSSION BEEINDRUCKT

Der Eindruck von der Feier "100 Jahre Kommune in Frankreich" veranlaßte mich, die Zeilen zu schreiben.

Es bestätigte sich, daß die sogenannten revolutionären Arbeiterparteien diesen für die Arbeiterschaft in der ganzen Welt so wichtigen Tag nur unwahr verzerren oder überhaupt nicht darüber reden. Ein langjähriger Sportgenosse, zur Zeit noch in der SPÖ tätig, mußte, um über diesen Geburtstag etwas zu hören, zu revolutionären Arbeitern kommen und miterleben, wie ein kurzer Rückblick der Arbeitergeschichte mit anschließender Diskussion gehalten wurde. Die wertvollen Ausführungen des Vortragenden haben uns alle sehr bewegt, das zeigte auch die interessierte Aufnahme durch alle Genossen.

Es wurden am Schluß zwischen uns sofort die früheren Jahre besprochen und es kam nur eine Parallele zur heutigen Zeit heraus. Damals waren die Arbeiter arbeitslos und heute arbeiten sie nur um in Schulden zu stehen.

Ja, wie wertvoll ist es deshalb, daß es eine VRA gibt und noch wertvoller für die arbeitende Bevölkerung, daß das revolutionäre Volk eine erstarkende, richtungsweisende marxistische-leninistische österreichische "Vereinigung Revolutionärer Arbeiter" für den gerechten Kampf der unterdrückten Menschen hat. Nur eine aufrichtige Sprache kann so beeindrucken, daß alle Kraft für eine ständige Aufklärung Erfolg bringt, um die VRA zu einer hörbaren Arbeiterkraft zu machen.

Die Debatte war zu interessant, um auf die heutigen Zustände in Frankreich hinzuweisen, aber man muß doch immer mit dem momentanen Verhalten der KPF konfrontieren, an ihrem Revisionismus hat sich nichts geändert und die marxistisch-leninistische Arbeiterpartei fehlt. Ein Zustand wie in Österreich, daher ist es unbedingt erforderlich, sich mit den erlebten Tatsachen in unserer Lebensperiode gründlichst zu beschäftigen und damit zu argumentieren. Wie selbstverständlich und notwendig es ist, ein marxistisches Rüstzeug zu besitzen, genauso wird es notwendig sein, bei Diskussionen auch die einzelnen Kampfperioden der österreichischen Arbeiter einzuflechten und zu beherrschen.

So war z.B. die Krankenversicherung auch für die Kinder, ohne Bezahlung des Krankenscheines, ein Erfolg. Nun wird ab 1. März 1971 bei den Gemeindeangestellten für jeden Krankenschein S 5.-- eingehoben, und zwar bei jedem Arztbesuch. Dazu kommt noch für jedes Medikament S 4.--. Dafür sagen die Betriebsräte aber, "...na, die ärztliche Behandlung ist doch besser". Das ist Verrat an der Arbeiterschaft und solche bezahlte Unternehmerbetriebsräte sind die Totengräber der Arbeiterschaft.

L.W. Wien

START UNSERER WERBEKAMPAGE

APPELL

Im Interesse der österreichischen Arbeiterklasse fordern wir alle Mitglieder, Leser und Sympathisierende auf,sich im verstärkten Umfange für den Vertrieb unseres Zentralorgans "Für die Volksmacht" einzusetzen und uns dadurch bei unserer politischen Aufklärungskampagne der österreichischen Arbeiterschaft zu unterstützen.

Jetzt ist nämlich der Moment gekommen, wo die österreichischen Arbeiter zu erkennen beginnen, daß zwischen dem jetzigen SPÖ-Team und der seinerzeitigen ÖVP-Regierung keine prinzipiellen Unterschiede bestehen, sondern im Gegenteil, daß die Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung immer mehr zunimmt.

Unsere Aufgabe und Pflicht ist es nun, der von der SPÖ betrogenen Arbeiterklasse den einzig richtigen Weg zu weisen und ihr die Lehren des Marxismus-Leninismus sowie die Ideen Mao Tsetungs verständlich und begreiflich zu machen.

Zur Erreichung dieses Zieles ist eine weitere Popularisierung unseres Zentralorgans eine unbedingte Notwendigkeit. Zu dieser Werbekampagne stellen wir gerne kostenlose Belegexemplare zur Verfügung.

AUS DER ORGANISATION

VRA SOLIDARISCH MIT INDOCHINA

Die neuerliche Ausweitung des amerikanischen Aggressionskrieges in Indochina durch den Überfall auf Laos hat auch in Österreich Empörung hervorgerufen.

In Wien führte am 20. Februar die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) einen Protestmarsch durch. Mitglieder der Vereinigung trugen Tafeln mit Losungen wie:"Tod dem US-Imperialismus!", "Die Völker Indochinas werden siegen!", "Nixon - Hitler", "Volkskrieg ist gerecht!" und viele andere. Sie verteilten auch Tausende von Flugblättern mit einer Protesterklärung der VRA. In den Flugblättern wurde auf die Gefahr eines neuen Weltkriegs hingewiesen, da der immer wieder geschlagene und in die Enge getri bene US-Imperialismus einen Verzweiflungskampf führt und die Absicht hegt, einen Überfall auf das Territorium der Demokratischen Republik Vietnam zu unternehmen und sogar Atomwaffen einzusetzen. Die neue Eskalation des amerikanischen Aggressionskrieges stellt eine direkte Provokation und Bedrohung des sozialistischen China dar. Auch das österreichische Volk muß die bedeutsame Mahnung des Vorsitzenden Mao Tsetung beherzigen: "Die Gefahr eines neuen Weltkriegs bleibt immer noch bestehen, und alle Völker müssen sich darauf vorbereiten."

Die Protestaktion, die fast zwei Stunden dauerte, fand in einer der belebtesten Straßen Wiens, im größten Arbeiterbezirk,statt. Sie erfüllte weitgehend die Aufgabe, die Bevölkerung über die tatsächlichen Ereignisse aufzuklären und der bürgerlichen Presse entgegenzuwirken, die die Wahrheit verschweigt oder entstellt.

D I S K U S S I O N S V E R S A M M L U N G

zum 100. Jahrestag der PARISER KOMMUNE

Am 19. März 1971 fand aus Anlaß des 100. Jahrestages der Pariser Kommune im Wiener Heim der VRA eine sehr gut besuchte Diskussionsversammlung zum Thema "Die 1. Diktatur des Proletariats" statt. Der Zweck der Veranstaltung war, die Lehren aus den Erfahrungen der Pariser Kommune für unseren Kampf zu ziehen.

Es wurde z. B. festgestellt, daß eine der Ursachen der Niederlage der Kommune in dem Mangel eines Bündnisses zwischen den Pariser Arbeitern und den Bauern Frankreichs bestanden hat. Die Kommune hatte nämlich keine Zeit, um dieses revolutionäre Bündnis herzustellen, das beim Sieg der russischen und chinesischen Revolution eine so große Rolle gespielt hat.

Mit Recht verweisen die Genossen auf die jahrzehntelange Schwäche der revolutionären Bewegung in Österreich u.a. wegen der Trennung der Arbeiter und Bauern,wie sie absichtlich von der SP-Führung betrieben wurde. Die Genossen führen als Beispiel die am 19. März stattgefundene ÖVP-Demonstration und die Reaktion der SP-Regierung an, wobei seitens beider Parteien das Bestreben zutage trat, Arbeiter gegen Bauern und Bauern gegen Arbeiter zu hetzen.

Ein anderer wichtiger Diskussionspunkt war die Frage des Verhältnisses zwischen der Diktatur des Proletariats und der marxistisch - leninistischen Partei. Es wurde klargestellt,daß die Pariser Kommune wohl die erste Diktatur des Proletariats war, aber eben deswegen scheitern mußte, weil keine mit dem Rüstzeug des wissenschaftlichen Sozialismus bewaffnete Partei an ihrer Spitze stand. Aber ebenso wurde im Laufe der Debatte festgestellt, daß die Diktatur des Proletariats zwar der Führung durch die proletarische Partei bedarf,jedoch eine Diktatur der ganzen Arbeiterklasse ist. Das zeigt sich am deutlichsten in der großen proletarischen Kulturrevolution in China.

Es ist erfreulich, daß so viele Genossen und Gäste unserer Einladung Folge geleistet und zum Gelingen dieses Diskussionsabend beigetragen haben.

WIR BEGRÜSSEN DEN START DES ZWEITEN CHINESISCHEN SPUTNIK!

Am 3. März wurde der zweite chinesische Erdsatellit auf eine Umlaufbahn gebracht. Der erdnähste Punkt der Bahn liegt 266 Kilometer, der erdfernste 1.826 km. Das Gewicht beträgt 221 Kilo. Der Sputnik führt programmgemäß eine Reihe wissenschaftlicher Experimente durch, deren Ergebnisse zur Bodenstation gefunkt werden. Westliche Beobachter heben die Klarheit der ausgestrahlten Signale besonders hervor.

Die VRAÖ(M-L) hat dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, zu Handen des Genossen Mao Tsetung und Lin Biao, folgende Erklärung übersandt:

Die revolutionären Arbeiter Österreichs haben mit größter Freude erfahren, daß die Volksrepublik China am 3. März 1971 einen zweiten Erdsatelliten auf die Umlaufbahn gebracht hat und daß dieser wertvolle wissenschaftliche Daten ausstrahlt. Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) beglückwünscht auf das herzlichste die Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk zu diesem glänzenden Erfolg, der auch ein Erfolg für alle gegen Imperialismus und Kapitalismus, Reaktion und Arbeiterverrat kämpfenden werktätigen Menschen der Welt ist.

Der rasche Fortschritt der Raumfahrttechnik Chinas zeigt uns, daß das große chinesische Volk in kurzer Frist die ihm vom Feudalismus, Imperialismus und bürokratischen Kapitalismus hinterlassene ökonomische und kulturelle Rückständigkeit überwindet, weil die siegreiche sozialistische Revolution enorme Produktivkräfte freisetzt, vor allem die wichtigste Produktivkraft: die Energie, Erfindungsgabe und Opferbereitschaft der werktätigen Massen. Dieser rasche Fortschritt beweist, daß die Blockade des Imperialismus und Sozialimperialismus völlig wirkungslos ist, daß umgekehrt die große Losung des Vorsitzenden Mao "Unabhängigkeit, Selbständigkeit, Vertrauen in die eigene Kraft" die Entwicklung Chinas zu einem mächtigen sozialistischen Land mit moderner Industrie, moderner Landwirtschaft und moderner Wissenschaft und Technik ungemein beschleunigt. Diese Entwicklung schreitet infolge der Großen Proletarischen Kulturrevolution besonders rasch vorwärts, weil die Ideen Mao Tsetungs - die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus auf eine neue, höhere Stufe - die breitesten Massen ergriffen haben und zu einer unerhörten materiellen Gewalt geworden sind.

Die Raketen- und Raumfahrttechnik - ebenso wie die Atomenergie - wird von dem US-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus vor allem dazu benützt, ihre Kriegsrüstungen fieberhaft zu steigern und die Völker der Welt einzuschüchtern, damit sie sich den Weltherrschafts- und Weltaufteilungsplänen der "Supermächte" unterwerfen. Es ist doch bezeichnend, daß die revisionistischen Renegaten des Kreml mit den amerikanischen Imperialisten über eine "Einschränkung" strategischer Rüstungen verhandeln, während ihre Gesprächspartner gleichzeitig den wahnwitzigen Einsatz taktischer Atomwaffen in Indochina erwägen!

Genosse Mao Tsetung lehrt uns: "Die Gefahr eines neuen Weltkriegs bleibt immer noch bestehen, und alle Völker müssen Vorkehrungen treffen." Als der - nunmehr schmählich gescheiterte - Einfall der US - Aggressoren in Laos erfolgte, haben wir die österreichische Bevölkerung aufgerufen, dem Kriegsverbrecher Nixon in den Arm zu fallen. Und jetzt protestieren wir dagegen, daß die "Supermächte" wiederum die Hauptstadt unserer Heimat, Wien, für ihre geheimen und heimtückischen "SALT"-Gespräche mißbrauchen.

Der erfolgreiche Start des zweiten chinesischen Erdsatelliten ist nicht zuletzt auch eine sehr eindringliche Warnung an die amerikanischen Aggressoren sowie ihre Komplizen und Lakaien, eine Warnung, die dem heldenhaften Widerstandskrieg der drei indochinesischen Völker und dem Kampf aller Völker gegen Imperialismus und imperialistischen Krieg einen außerordentlich wichtigen und wirksamen Dienst erweist.

Tod den USA-Imperialisten! Die Völker Indochinas werden siegen!

DER ÜBERFALL AUF LAOS, EIN RIESIGER BUMERANG FÜR DIE US-IMPERIALISTEN

Wie es eigentlich nicht anders zu erwarten war, vielleicht nur rascher und in viel größerem Ausmaße, bekamen die Amerikaner und ihre Saigoner Marionetten schwerste Prügel. Es war wie gesagt vernünftigerweise vorauszusehen. Aber Aggressoren, ob sie vom Typ Hitler oder vom Typ Nixon sind, befinden sich in dieser Zwangslage. Um aus den wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten im Lande selbst herauszukommen, versuchen sie durch imperialistische Aggression die Lage zu sanieren, versuchen sie gegen die antiimperialistische Hauptmacht, damals die Sowjetunion, heute China, aufzumarschieren. Je mehr sie dabei in eine Sackgasse geraten, desto mehr versuchen sie, die Aggression auszudehnen und geraten noch mehr in die Sackgasse usw. und "marschieren weiter, bis alles in Scherben fällt...." wie es in einem Nazilied hieß, nämlich bis ihr eigenes faschistisches, imperialistisches System in Scherben fällt....

Der amerikanische Aggressor, dem gleich zu Beginn des Überfalles auf Laos der Abscheu, der Haß, aber auch der Hohn der fried- und freiheitsliebenden Völker aus allen Ecken der Welt entgegenbrauste - die VRA ist stolz, daß auch sie das ihrige dazu beitragen konnte - versucht sich nun in Atombomben- und Angriffsdrohungen, die letzten Endes gegen China gerichtet sind.

Es ist eine große Tat für den Weltfrieden, daß die Volksrepublik China durch eine Regierungserklärung (siehe unsere vorige Nummer - D.R.) und durch die in Hanoi abgegebenen Erklärungen des Ministerpräsidenten, Genossen Tschu En Lai, die US-Aggressoren rechtzeitig daran erinnert hat, daß sie es, wenn es darauf ankommt, nicht nur mit den heldenhaft kämpfenden Völkern Indochinas, sondern mit dem von Mao Tsetung geleiteten 700-Millionen-Volk Chinas zu tun haben werden.

Die "Solidarität" Moskaus mit den Völkern Indochinas, eine ungeheuerliche Heuchelei!

Wir haben schon einige Male die heuchlerische Haltung der Revisionisten Moskaus gegenüber dem von US-Imperialisten überfallenen Kambodscha angeprangert. Noch immer beharren sie darauf, die Marionettenregierung Lon Nol (dessen Lähmung nach einem Schlaganfall direkt symbolisch ist) anzuerkennen, eine Regierung, die niemand mehr repräsentiert und die in ihren eigenen vier Wänden vor dem Volkszorn nicht mehr sicher ist.

Bei dem Überfall der Amerikaner auf Laos zeigten sich die russischen Sozialimperialisten praktisch unverhüllt als Komplizen, wobei sie allerdings "Vertragstreue" bewiesen; hatte doch seinerzeit Chruschtschow bei seinen Packeleien mit Kennedy in Wien Laos den Amerikanern "geschenkt". Daß die Laoten sich nicht verschenken ließen und Kampf gegen die US-Imperialisten und ihre lokalen Lakaien aufnahmen, steht allerdings auf einer anderen Seite. Als nun die Aggression der Amerikaner und ihrer Saigoner Marionetten begann, schickte die russische Presseagentur TASS eine inoffizielle und